

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

## Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

**Band 7/126: 09.10.2015 – 03.11.2015**

**09.10.2015**

**BRD:** Der deutsche Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger Bundeswehr, seit 1991) schreibt im Oktober 2015 wegen der Masseneinwanderung von Migranten einen weiteren "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x855/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

dies ist nach vier Wochen mein zweiter "Offener Brief" zum Problem der derzeitigen Einwanderungs-Flut an Sie.

Die Welle der deutschen Hilfsbereitschaft, der tausendfache, aufopfernde Einsatz von Helfern und die Leistungen unserer Verwaltungen haben anfangs den Blick auf die Schwierigkeiten und Grenzen unserer Aufnahme- und Integrationsfähigkeit verstellt.

Ich habe mir erlaubt, Sie mit Brief vom 11. September 2015 auf die Gefahren der ungesteuerten Masseneinwanderung für Deutschland hinzuweisen und Vorschläge für das Asylrecht, für das Steuern der Einwanderung und für das Beenden der beginnenden Völkerwanderung zu machen. Ich habe seither Ihr ehrliches, aber erfolgloses Bemühen, der Lage Herr zu werden, beobachtet und gesehen, daß der Massenzustrom von Migranten weiter ungebremst anhält und auch ganz andere, häßliche Begleiterscheinungen mit sich bringt, als es mir vor vier Wochen schwante.

Inzwischen haben sich die Schätzungen der in Deutschland "aufgestauten" Migranten für das Ende dieses Jahres auf 2 bis 2,5 Millionen aufaddiert, etwa 700.000 nicht anerkannte und nicht zurückgeführte Asylbewerber, etwa 300.000 inzwischen untergetauchte Migranten und 1 bis 1,5 Millionen Neuankömmlinge im Jahr 2015. Sie haben bisher keinen wirksamen Versuch unternommen, die Massenmigration nach Deutschland zu unterbinden. Sie haben in Ihrer Angewohnheit des sehr, sehr langen Abwägens wertvolle Zeit nutzlos verstreichen lassen, in der Sie hätten beginnen können, Schaden von unserem Volk abzuwenden.

### **Bitte um Ihren Rücktritt**

Ich bitte Sie deshalb, so anständig zu sein, von Ihrem Amt zurückzutreten, und ich bitte Sie und den Herrn Vizekanzler (mit getrenntem Schreiben) außerdem, dem Vorsitzenden der dritten Regierungspartei, Herrn Seehofer, die Regierungsgeschäfte bis zum nächsten regulären Wahltermin zu übergeben.

Herr Seehofer ist mit seinem Bundesland der am stärksten Betroffene der Völkerwanderung. Er denkt und handelt ganz offensichtlich stärker in deutschem Interesse als Sie.

Er ist als Vater von vier Kindern auf natürliche Weise mehr an der deutschen Zukunft der kommenden Generationen in unserem Lande interessiert als Sie.

Herr Seehofer verfügt außerdem bereits über Erfahrung als Minister im Bundeskabinett und als Chef einer Regierung.

Nach Ihrer jetzigen, indifferenten Haltung unserer bisherigen deutschen Identität und der deut-

schen Selbsterhaltung gegenüber und nach Ihren zahlreichen, plötzlichen, politischen Kehrtwendungen in jüngster Vergangenheit, ist ohnehin nicht erkennbar, wohin Sie Deutschland in der augenblicklichen Ausnahmesituation führen wollen.

### **Vorwürfe gegen Sie**

Der Hauptvorwurf gegen Sie ist Ihre Verletzung des Amtseids. Sie haben geschworen, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Mit der von Ihnen geduldeten und mit verursachten Masseneinwanderung und der Unfähigkeit, sie zu beenden, haben Sie dem jetzigen deutschen Volk und seinen Nachfahren unabsehbaren Schaden zugefügt. Mit der dabei gleichzeitigen erwünschten, aber erheblich geringeren Einwanderung von integrationsfähigen Migranten haben Sie dem deutschen Volk dagegen nur einen verschwindend geringen Dienst geleistet.

Sie haben in der Abwägung zwischen christlicher Pflicht zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge einerseits und Regierungsverantwortung für unser Volk und seine Selbsterhaltung andererseits Maß und Mitte zu Lasten Ihrer Pflicht als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vermissen lassen.

Sie haben mit Ihren Botschaften, Deutschland sei ein Einwanderungsland und Asylanten seien in Deutschland willkommen, einen Migrations-Sog ausgelöst. Diese Migration hat zusätzliches Leid und Tragödien ausgelöst.

Sie haben, um diesen Fehler zu kaschieren, bisher pausenlos die Illusion verbreitet, unser Land und unsere Bevölkerung könnten die durch die Migration auftretenden Belastungen meistern, die für die Staatsfinanzen, die anderen öffentlichen Haushalte, die innere Sicherheit, das Bildungswesen und das Sozialversicherungswesen entstehen. Sie haben dabei die neuen Verschuldungen verschwiegen und die Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung und auch die nun unterbleibenden Sanierungen für Straßen, Wasserwege, Brücken und Kanalisationen und die Ewigkeitsbelastungen für unsere Kinder und Kindeskinde.

Sie haben Deutschlands Ruf und Rolle in der EU beschädigt und belastet, weil Sie mit der von Ihnen geförderten Migranten-Flut alle anderen EU-Staaten unter Zugzwang gebracht haben. Die Forderung Ihrer Regierung nach Quotenverteilung von Migranten an andere Staaten ist der Versuch eines illegitimen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten und das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker.

So wie die Territorien und Grenzen der Staaten unantastbar sind und nur mit dem Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar sind, so sind auch die Staatsvölker nicht durch äußeren Willen und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen veränderbar. Masseneinwanderung ist eine Veränderung des Landesvolks. (Die Einführung eines Solidaritäts-Mechanismus ist übrigens noch 2013 von Deutschland abgelehnt worden.)

Die anderen europäischen Staaten haben entweder große Migranten-Zahlen aus ihren ehemaligen Kolonien aufnehmen müssen, oder russische Minderheiten im Land ... gehabt, und Tschechen und Polen haben negative Erfahrungen als Vielvölkerstaaten hinter sich. Diese Staaten und ihre Völker zur Aufnahme von neuen Minderheiten zwingen zu wollen, zeugt von geschichtlicher Unkenntnis, deutschem Oberlehrer-Wesen oder EU-Größenwahn.

Statt auf eine "gerechte" Verteilung von Migranten auf andere Staaten zu hoffen, hätten Sie die wahren Verursacher der jetzigen Völkerwanderungen mit ins Boot der Aufnahmeländer und der Bezahlenden holen sollen. Die augenblicklichen "Fluchtbewegungen" aus dem Mittleren Osten und aus den Staaten rund um das südliche und östliche Mittelmeer und die Öffnung der südlichen Mittelmeerküste für Flüchtlinge aus Zentral- und Westafrika gehen in erster Linie auf die Systemwechselkriege zurück, die die USA, England und Frankreich begonnen und geführt haben, ohne selbst von diesen Staaten bedroht worden zu sein.

Diese drei Verbündeten haben die Diktatoren in den heute destabilisierten Staaten entmachtet und sie durch Einsatz von Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen und zum Schluß

offenen Kriegshandlungen gestürzt. Geblieben sind jedes Mal Bürgerkriege, Chaos, Flüchtlingslager und heute Flüchtlingsströme.

Die USA z.B. haben sich bisher nur bereiterklärt, 2015 1.500 Flüchtlinge (andere Angaben: 4.000) aufzunehmen. Das ist weniger als Bayern an einem Tag hat unterbringen müssen. Die Hauptlast der Flüchtlingsströme den deutschen Bürgern und Steuerzahlern aufzubürden, ist das Gegenteil von "Schaden von ihm abzuwenden."

Sie haben die Diskussion um die Migranten-Aufnahme auf das Begriffspaar "Willkommenskultur" und "Ausländerfeindlichkeit" reduziert und damit erstens eine Auseinandersetzung mit den Ängsten und Sorgen weiter Teile der Bevölkerung unterdrückt und umschifft und zweitens die Nation gespalten. Das angemessenere Begriffspaar wäre "Gäste" und "Gastgeber" gewesen. Das deutsche Volk als Gastgeber hat den Gästen sehr viel Hilfsbereitschaft entgegengebracht und dabei großen Idealismus bewiesen. Aber Sie haben nicht beachtet und deutlich gemacht, daß Gastgeber auch Rechte haben.

Jeder Gastgeber darf bestimmen, wie viele Gäste er in "sein Haus" aufnimmt. Jeder Gastgeber hat das Recht, die Sitten in seinem Haus zu bestimmen. Jeder Gastgeber hat das Recht, eine auf Dauer angelegte Übernahme seines Hauses durch Gäste zu verhindern. Die Gäste haben diese Gastgeber-Rechte zu respektieren und sich im Gastland einzufügen und anzupassen. Wenn dies wegen der "amorphen Masse" der Gäste durch die einzelnen Gastgeber nicht zu bewirken ist, hat dies der Gastgeber-Staat für seine Bürger sicherzustellen. Davon ist unter Ihrer Regierung nichts zu spüren.

### **Sie dekretieren statt dessen "Deutschland muß sich ändern"**

Sie zeigen eine unklare Haltung zur Wahrung der deutschen Identität unseres Volkes. Sie haben 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gesagt: "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert." Und nun versuchen Sie, der deutschen Öffentlichkeit die Vorzüge der kulturellen Bereicherung durch Zuwanderung zu verkaufen.

Sie wissen sehr wohl, daß Millionen von Neu-Einwanderern ihre Sitten und ihre Herkommens-Kultur nicht abstreifen werden, solange sie in Deutschland in Ghettos leben werden. Sie wissen, daß die Ghetto-Bildung bei einer Zwei-Millionen-Zuwanderung in nur wenigen Jahren unvermeidbar ist. Sie wissen, daß sich Millionen von Einwanderern durch die von uns gewährte Berechtigung zum Familiennachzug in wenigen Jahren weiter aufaddieren werden. Sie wissen, daß der etwa 80 %-Anteil an Muslimen unter den Migranten unseren Rechts- und Moral-Liberalismus für dekadent hält und zu "überwinden" gedenkt.

Sie haben 2000 und danach den CDU Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz mit seiner Vorstellung der "Leitkultur" im Regen stehen lassen und schließen sich heute dem Plädoyer der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und des Ministerpräsidenten von Bayern für eine Respektierung und Verbindlichkeit der "deutschen Leitkultur" in unserem Land nicht an. Die Vorstellung einer eigenen Leitkultur ist der Kern der Fähigkeit, Zuwanderer zu integrieren. Die Debatte über eine "deutsche Leitkultur" und ihre Verbindlichkeit auch für Zuwanderer war schon im Jahr 2000 gegen den Widerstand etlicher Parteien ein Kraftakt, den Sie hätten bestehen müssen.

Unsere Vorstellungen zur Trennung von Staat und Kirche oder der Gleichstellung von Mann und Frau z.B. haben schon damals nicht alle Einwanderer übernommen. Auch unsere Vernachlässigung der deutschen Sprache in Wissenschaft, Werbung und Musik ist kein Zeichen eigener Wertschätzung, die Einwanderer hätte motivieren können, sofort Deutsch zu lernen. Unsere ständige Selbstdarstellung als vorzugsweise "dunkles Land der finsternen 12 Jahre" und das Übergehen von Jahrhunderten glänzender Kultur und Leistungen zeugt auch nicht von Liebe zu uns selbst.

Einwanderer, die sehen, daß die Deutschen sich im Herzen selbst nicht achten und nicht lieben, wollen sicher nicht zu einem solchen Volk gehören. Sie wollen nur den deutschen

Wohlstand.

Sie, Frau Dr. Merkel, haben mit Ihrer Verweigerung der merzschen Leitkultur-Debatte der deutschen Integrationsfähigkeit einen schlechten Dienst erwiesen. Sie sind in dieser heute entscheidenden Frage offensichtlich auch jetzt noch indifferent und damit nach meiner Auffassung in diesen Tagen des Massen-Zustroms von Menschen aus fremden Kulturen als deutsche Bundeskanzlerin ungeeignet.

Sie versuchen, die Mehrbelastungen, die durch den Massen-Zustrom von Migranten auf uns zukommt, zu verbergen und hinter angeblichen Zugewinnen für die deutsche Volkswirtschaft, für die sozialen Sicherungssysteme und das demographische Defizit zu verstecken. Die Mehrkosten, die jetzt mit 10 Milliarden Euro im Jahr angegeben werden, sind eine pure Irreführung der deutschen Steuerzahler.

Die neuen Kosten umfassen weit mehr für Unterkunfts-Sanierungen, Daueranmietungen, Wohnungsbau, Erweiterungen von Schulen, Kitas, Altersheimen und Gefängnissen, Familienunterhalt, Taschengelder, Gesundheitskosten, Familienzusammenführungen, zusätzliches Personal für Schulen, Kindergärten, Arbeitsverwaltungen, Behörden für Flüchtlinge, Polizei, Übersetzer, Sozialarbeiter, Anwälte, Gerichte, Sprachkurse, Altenheime. (Im jüngsten Werbeheft der Bundesregierung "Deutschland aktuell" Heft 4/2015 steht auf Seite 12: "Über 65-jährige Migranten zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die am schnellsten wachsen." Danach folgt der Hinweis, daß sich die Pflegeorganisationen auf Fremdsprachen und religiöse Bedürfnisse einstellen müssen.)

Neuere Schätzungen für die zusätzlichen Jahreskosten für Bund, Länder und Gemeinden stehen inzwischen bei 40 Milliarden Euro.

Der Nutzen für die Volkswirtschaft ist ebenfalls relativ. In unserer Wirtschaft einsetzbare Migranten bilden eine sehr kleine Minderheit an geeigneten Arbeitskräften unter den Zuwanderern. Sie nutzen der Wirtschaft. Die Minderbefähigten fallen den Steuerzahlern auf die Tasche. Das ist eine Bestätigung der These von Herrn Lafontaine: "Gewinne privatisieren. Verluste sozialisieren."

Der Zuzug fremder Arbeitskräfte ist auch in anderer Hinsicht fragwürdig. Erstens werden geeignete Arbeitskräfte oft in ihren Heimatländern für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften benötigt. Ihre Abwanderung nach Europa konterkariert unsere Entwicklungshilfe-Bemühungen. Und zweitens dient die heimische Wirtschaft zuerst der Beschäftigung und Ernährung der heimischen Bevölkerung. Wenn die heimische Wirtschaft Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben muß, ist ihr erster Zweck, die Vollbeschäftigung, erfüllt. Der zweite Zweck, die Gewinnvermehrung, sollte dann gegen die oben aufgezählten Gemeinschaftskosten für den deutschen Steuerzahler abgewogen werden.

Im Übrigen ist der Anteil der jetzigen Migranten, der in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden kann, minimal. Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer. In Sigmaringen hat die Wirtschaft über 3.000 in einer Kaserne lebenden, überwiegend jungen Männern Ausbildungsplätze angeboten. 8 Migranten haben vom Angebot Gebrauch gemacht.

Auch wenn der deutsche Arbeitgeberpräsident den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte fordert und dabei offensichtlich mehr an die privaten Gewinne als an die sozialisierten Verluste denkt, warnen Präsidenten von deutschen Industrie- und Handelskammern und solche von Handwerkskammern vor Illusionen über die Eignung von Migranten für die deutsche Wirtschaft. Auch der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist.

Das demographische Defizit ist zu erheblichen Teilen in den letzten 40 Jahren selbst verschuldet worden, seit diese Entwicklung punktgenau von demographischen Wissenschaftlern prognostiziert worden ist. Keine deutsche Regierung, auch Ihre nicht, hat den nötigen Anteil

aus dem jährlich erwirtschafteten Sozialprodukt in die Förderung von Eheschließungen, Familiengründungen, Geburten, jungen Familien, Kita-Bauten und Kita-Personal investiert. Statt dessen haben Ihre Vorgängerregierungen und Sie Scheckbuchdiplomatie mit dem Geld Ihrer Steuerzahler betrieben. Statt dessen haben wir Gelder in Länder gepumpt, die längst den Status des Entwicklungslandes überwunden hatten. Statt dessen werden bei fast jeder Auslandsreise deutscher Spitzenpolitiker in ärmere Länder Hilfgelder versprochen.

Statt dessen betreiben Sie auf Kosten Deutschlands Konkursverschleppung in Griechenland. Statt dessen sind wir größter Nettozahler der EU, ohne Rabatte wie das Vereinigte Königreich in Anspruch zu nehmen. Statt dessen wird Gender-Geschlechter-Wahlrecht propagiert, statt den Jungen und den Mädchen die natürlichen Rollen von Vater und Mutter als erstrebenswert nahe zu bringen. Hier liegt ein weites Feld Ihres Versagens.

Das Demographie-Defizit ist zu großen Teilen die Schuld Ihrer Vorgängerregierungen. Aber Ihre offene "Geldbörse" für Zuwanderer beweist, daß das Geld für junge deutsche Familien auch in Ihrer Regierungszeit dagewesen wäre.

Sie haben mit der Seenotrettung von Migranten im Mittelmeer durch deutsche Kriegsschiffe dem Migranten-Strom und dem Schlepper-Unwesen aus Afrika Vorschub geleistet, weil Sie die Anweisung, gerettete Migranten an die nächste nordafrikanische Küste zurückzufahren, unterlassen haben.

Sie haben mit Ihrer Willkommensbotschaft an die Migranten auch eine falsche Botschaft an die eigene Bevölkerung verbreitet. Sie verkünden, die in kurzer Zeit eingewanderten Migranten seien integrierbar. Die dazu ständig wiederholte falsche Botschaft in den Medien erfährt vermutlich eine Bestätigung, wenn nicht sogar Ermutigung, durch das Bundeskanzleramt. Auch wenn ein Teil der jüngst Zugewanderten integrationswillig und integrationsfähig ist - gute Beispiele zeigen das -, so wird eine erdrückende Mehrheit der Zugewanderten sich nicht integrieren und nicht integrieren wollen.

Der begrenzte Wohnungsmarkt und die finanziellen öffentlichen Mittel werden nicht für eine völlige Verteilung der Zugewanderten unter die deutsche Bevölkerung reichen. Es wird zu neuen "Sprachkolonien" und Ghettos führen, in denen sich neben Positivem auch die für uns nicht tolerierbaren Heimatsitten erhalten (z.B. Frauenbeschneidungen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde, Drogenhandel). Die bisherige Ghettobildung in Deutschland (wie in Frankreich und England) zeigt, daß sich Ghettos oft zu Problemstadtteilen entwickeln, in denen keine Integration mehr stattfindet, und in die sich keine deutsche Polizei mehr traut. Bereits jetzt schon gibt es neue Migranten-Unterkünfte in Kasernen, die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden.

Die intellektuellen Fähigkeiten und das Analphabetentum mancher Zuwanderer erlauben in der Regel weder eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch eine wirkliche Integration in die Gesellschaft. Es wird zu einer weiteren unterhaltsbedürftigen Mittellosen-Schicht kommen.

Die Mehrheit der Migranten sind Moslems. Viele von Ihnen verachten unsere liberale Lebensart und lehnen sie dezidiert ab. Sie werden sich aus Überzeugung nicht integrieren.

Bei Zuwanderung in Maßen werden die Sitten des Gastlandes erfahrungsgemäß langsam von den Gästen übernommen. Bei Zuwanderung von Millionen binnen weniger Jahre werden die Unsitten genauso wie die Sitten der Gäste meist als Identifikation mit der alten Heimat beibehalten.

Frau Dr. Merkel, Ihre Hilflosigkeit gegenüber der Masseneinwanderung wird der Sicherheit und dem sozialen Frieden in unserem Land einen dauerhaften Schaden zufügen.

Das alles ist Ihnen bekannt und Sie verschweigen es. Sie spielen die angesprochenen Probleme herunter, weil Sie sie nicht beherrschen. Machen Sie bitte Ihren Platz für einen Politiker frei, der offensichtlich geeigneter zur Lösung unserer augenblicklichen Probleme ist.

## **Die häßlichen Begleiterscheinungen**

Die Mehrheit der Migranten, die zu uns kommen, sind sicherlich angenehme und normale Menschen. Doch mit der massenhaften Zuwanderung von zwei Millionen Personen kommt auch ein Anteil Zwieltiger in unser Land, der unseren sozialen Frieden und die innere Sicherheit belastet.

Zu den inzwischen erkennbaren häßlichen Begleiterscheinungen der massenhaften Zuwanderung zählt vieles, was bereits dabei ist, sich in Deutschland einzunisten und zu verbreiten. Die Massen von Migranten bringen nicht nur ihre Not mit sich, der sie hier entfliehen wollen, sondern auch Sitten, die in ihren Kulturkreisen offensichtlich verbreiteter sind als bei uns, oder von denen sie glauben, sie würden in unserem liberalen Lande toleriert. Über alle diese Erscheinungen wird inzwischen vielfach im Internet und von Polizeibeamten und freiwilligen Helfern berichtet, aber sie werden in den deutschen Medien, wie von wunderbarer Hand gelenkt, nicht erwähnt.

Diese häßlichen Begleiterscheinungen sind der "verschwiegene Teil der Wirklichkeit":

- Vergewaltigungen im Umfeld von Migranten-Unterkünften,
- Zwangsprostitution in Migranten-Unterkünften,
- Massenschlägereien zwischen Ethnien, Religionen und Clans mit Knüppeln, Reizgas und Messern,
- Verletzungen und Anpöbeln von Polizistinnen und Polizisten,
- Haustürbettelei,
- Kirchenbesetzungen zum Erzwingen von Kirchenasyl,
- Anpöbeln und Beschimpfen von Passanten als "Sch...-Deutsche"
- Stoßen von deutschen Passanten vom Bürgersteig,
- Angrapschen und Belästigen von Frauen,
- Zertrümmern von Unterkunftsmobiliar, um in eine attraktivere Stadt verlegt zu werden,
- Entweichen aus den von Behörden gestellten Unterkünften, Eisenbahnzügen und Bussen, um der Registrierung zu entgehen,
- lautstarke Beschwerden, wenn die Verpflegung nicht der im Herkunftsland entspricht,
- Beschwerden von Migranten, wenn Sie in Arztpraxen so lange warten müssen, wie deutsche Patienten,
- Weigerung von Migranten, sich von Frauen in Arztpraxen und Behörden dirigieren und beraten zu lassen,
- Massenhafte, nicht bezahlte Einkäufe aus Migranten-Unterkünften im Internethandel,
- Weigerung von Migranten-Gruppen in Geschäften, ihre Einkäufe zu bezahlen.

Daß diese Aufzählung nach bisher gepflegter Regierungskommentierung "ausländerfeindlich" ist, sagt mehr über das Verhältnis der Regierung zur Realität als über die Aufzählung selbst.

Auch wenn, die oben aufgezählten Begleiterscheinungen nur häßliche Ausnahmen sein mögen, so reichen auch die Ausnahmen aus einer Menge von 2 Millionen frisch ins Land gekommener Migranten, um das Klima zwischen Gästen und Gastgebern deutlich zu belasten.

Zu den häßlichen Begleiterscheinungen zählt auch ein bedauerlicher Demokratieverlust in Deutschland. Das sind grobe Verstöße gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und gegen den christlich-abendländischen Wert der Wahrheit. Das ist zweitens ein Vertrauensverlust in die Redlichkeit von Regierung, Parlamenten, Parteien und Medien bei einem erheblichen Teil unserer Bevölkerung.

Die Sorgen und Ängste von Bürgern über die plötzlich gekommenen Belastungen werden als "Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechter Rand" beschimpft. Sie selbst haben mit vielen solchen Bemerkungen das Diskussions-Klima in Deutschland mit vergiftet und das Recht auf freie Meinungsäußerung stranguliert.

Polizisten und Lehrerinnen haben mir über Sprechverbote und Berichtsverbote über Migran-

ten-Verhalten berichtet. Angestellte einer Ladenkette sind aktenkundig belehrt worden, daß sie Warendiebstähle von Migranten nicht melden und berichten dürften, damit die Firma nicht als ausländerfeindlich gelte. Das sind Zustände, die wir sonst bei autoritär regierten Staaten beklagen.

Der Vertrauensverlust resultiert aus der gefilterten und geschönten Berichterstattung über die Schattenseiten der Zuwanderung und die horrenden Ewigkeitskosten für Bund, Länder, Kommunen und Sozialsysteme. Die ganze Lüge beginnt bekanntlich bei der halben Wahrheit.

### **Naheliegende Gefahren**

Bei weiterhin rasch zunehmender Zuwanderung ist abzusehen, daß die hochgesteckten Erwartungen vieler Zuwanderer nicht erfüllt werden. Eine dadurch verursachte Unzufriedenheit wird sich vorhersehbar irgendwann entladen. Jetzt schon zeigt sich, daß es unter verschiedenen Migranten-Gruppen zu gewaltsamen Verteilungskämpfen kommt und zu Forderungen an deutsche Behörden, Hilfsorganisationen, Helfer und Sicherheitskräfte.

Die Gewerkschaft der Polizei weist auf das Entstehen gewalttätiger, krimineller Strukturen in den Migranten-Unterkünften hin. In manchen Kasernen-Unterkünften, die zu Teilen mit Soldaten und zu Teilen mit Migranten belegt sind, lagern auch Waffen und Munition. So ist nicht auszuschließen, daß sich Migranten Zugang zu Waffenkammern verschaffen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Das würde Bundeswehr und Polizei Probleme bereiten, die sie nach deutschem Recht kaum lösen könnten.

Der Hauptanteil der Migranten sind junge und gesunde Männer, auch wenn die Medien bevorzugt Frauen und kleine Kinder zeigen. Diese Männer haben ihre Frauen in ihren Heimatländern zurückgelassen. Ein Teil von ihnen wird sich irgendwann in Deutschland sexuell bedienen.

Wenn sich die jetzt noch in Kasernen und auf Truppenübungsplätzen konzentrierten Migranten über die Dörfer und Städte verteilen, wird unsere Bevölkerung mit den Gefahren konfrontiert.

### **Jetzt schon absehbare Folgen**

Neben der erwünschten Fachkräfte-Zuwanderung und der selbstverständlichen Aufnahme berechtigter Asyl-Suchender gibt es absehbare negative Folgen und Begleiterscheinungen der derzeitigen Massenzuwanderung.

Sie haben sich mit Ihrem Amtseid verpflichtet "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", also auch rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, daß keine solchen negativen Folgen eintreten.

Diese absehbaren, negativen Folgen sind:

- weitere Migranten-Wellen aus Afghanistan, dem Irak und von Syern aus der Türkei,
- das Anwachsen von Parallelgesellschaften
- die Zunahme "rechtsfreier Räume", die nicht mehr von deutscher Polizei betreten werden,
- das "Überspringen" bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Migranten-Gruppen von ihren Heimatländern auf Deutschland,
- die Zunahme von terroristischen, extremistischen und antisemitischen Gruppierungen in Deutschland,
- die Zunahme der Organisierten Kriminalität,
- die finanziellen Mehrbelastungen für unsere Nachfahrengenerationen als Ewigkeitslasten,
- die Beendigung des Schuldenabbaus in den öffentlichen Haushalten,
- die Überbeanspruchung der Sozialversicherungen,
- die Überlastung des Gesundheitssystems,
- die Wohnraumknappheit in Ballungsgebieten und Mietpreissteigerungen,
- das Verdrängen deutscher minderbefähigter Arbeitssuchender vom Arbeitsmarkt,
- die Mehrbelastung für Schulen und Universitäten,
- das Verdrängen der deutschen liberalen und christlichen Leitkultur,

- das Verbreiten islamischer Rechtsvorstellungen,
- das "Umkippen" der Mehrheitsverhältnisse zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung und zwischen bekennender christlicher und bekennender islamischer Bevölkerung mit den absehbaren Folgen für das Recht und die Sitten in Deutschland.

### **Fremde Bewertungen**

Altkanzlers Helmut Schmidt: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag".

Der früherer Richter am Bundesverfassungsgericht Udo Di Fabio: "Was wir heute erleben, ist ja kein Ansturm von Asyl-Berechtigten. Man kann streng genommen auf dem Landweg gar nicht als Asyl-Berechtigter nach Deutschland kommen, weil Artikel 16 (a) des Grundgesetzes die Einreise aus sicheren Drittstaaten nicht zum Asyl rechnet. ... So gesehen erleben wir keinen Ansturm von Asyl-Berechtigten, ... sie sind Einwanderungs-Willige, aber die allerwenigsten davon haben den subjektiven Anspruch auf Asyl, den unser Grundgesetz verspricht."

Ein deutscher Diplomat aus Afrika: "Die aus Eritrea kommenden jungen Männer sind fast alle Wehrdienstverweigerer und Deserteure."

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Reinhard Marx fordert, "Deutschland dürfe keine Insel des Wohlstands werden."

Bischof von Szeged-Csanád (Ungarn) László Kiss-Rigó: "Das sind keine Flüchtlinge. Das ist eine Invasion. Sie kommen hierher mit dem Ruf: Allahu Akbar und wollen uns erobern."

Der Erzbischof von Mossul (Irak) Amel Shimon Nona an Europa: "Unser Leiden ist ein Vorgeschmack darauf, was Ihr erleiden werdet."

### **Ihre vier Maßnahmen**

Sie haben am 4. Oktober 2015 folgende vier Maßnahmen zur Bewältigung der Massen-Zuwanderung angekündigt:

- Die Fluchtursachen zu bekämpfen. Das wird in Afrika seit 50 Jahren vergeblich versucht. Die dortige Bevölkerungsexplosion mit 30 Millionen Menschen Zuwachs im Jahr wird solche Versuche auch in Zukunft vereiteln.
- Die "gerechte" Verteilung der Migranten auf die Staaten Europas. Das wird die Mehrheit der Staaten aus ihren eigenen Erfahrungen mit fremdnationalen Minderheiten ablehnen.
- Den Zustrom nach Europa begrenzen. Das ist an der Grenze Europas zum Mittelmeer mit den bisherigen Methoden nicht möglich.
- Die Asylverfahren beschleunigen. Das ist ohne Abschaffung der Klagemöglichkeit in drei Instanzen beim Grundrecht auf Asyl nicht durchzusetzen und bei der Masse der Abschiebehindernisse beinahe wirkungslos.

Sie haben offensichtlich keinen Plan, die Völkerwanderung auf den "Routen zu Wohlstand und Sicherheit" endgültig zu beenden und den Zustrom auf Asylanten und Erwünschte zu begrenzen.

Ihre "Maßnahmen" sind Illusionen und Kosmetik. Damit trocknen Sie weder dem Migranten-Strom aus noch werden Sie die Mehrheit der abgelehnten Asylanten eher und überhaupt in ihre Heimatländer zurückführen können.

Ihr Verlangen nach einer europäischen Lösung ist erfolglos und außerdem Ihr Spiel auf Zeit um Ihr politisches Überleben. Sie treiben dies Spiel zu Lasten des deutschen Volks, dessen Interessen Sie vertreten sollten.

Ihr häufig wiederholtes "Wir schaffen das!" läßt Sie wie eine Autofahrerin erscheinen, die sich weigert, in der Sackgasse zu wenden.

### **Erforderliche Maßnahmen**

Ich schlage einer neuen Regierung vor, daß sie erwirkt, daß die Grundgesetzartikel 6 und 16, die Gesetze, UN-Konventionen, EU-Verordnungen und nationalen Verordnungen, die einer Lösung des Migranten-Problems entgegenstehen, wegen des "Wegfalls der Geschäftsgrundla-



ge" bis zur Lösung des Problems ausgesetzt und zu Teilen neu verhandelt und Änderungen beschlossen werden.

Der "Wegfall der Geschäftsgrundlage" besteht im jetzigen europäischen Notstand einer bei Schaffung der Gesetze und Vereinbarungen nicht bedachten Völkerwanderung. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß viele Staaten Europas ähnliche Wege beschreiten wollen. Die Bürger aller nicht-deutschen Staaten sind überdies stärker an nationalen Interessen und ihren nationalen Identitäten interessiert, als die Menschen in Deutschland und in Österreich, die ihre nationale und christliche Identität weitgehend verloren haben. So ist dieses Vorhaben aussichtsreich.

Ich schlage weiterhin vor, die Völkerwanderung zu unterbinden, Schnellverfahren für Asyl-Anträge zu praktizieren, Kriegsflüchtlingen nur aus Kampfgebieten Schutz zu gewähren und die Masse der übrigen im letzten Jahr eingetroffenen Migranten schnellstmöglich zu repatriieren.

Dazu empfehle ich:

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
  - daß das GG so angepaßt wird, daß das im GG garantierte Recht auf Familienzusammenführung und das Recht, Asyl in einem mehrstufigen Gerichts-Instanzenweg zu erstreiten, abgeschafft werden, (Nur so können in der Schweiz Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen werden.)
  - daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
  - daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlings-Boote und –Schiffe "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
  - daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
  - daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden, nicht aber aus Flüchtlingslagern außerhalb der im Krieg befindlichen Staaten,
  - daß Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, nach Ende der "heißen" Feindseligkeiten wieder ausreisen müssen, wenn sie sich weniger als 5 Jahre in Deutschland aufgehalten haben,
  - daß Migranten und Asylanten nach schweren Kriminaldelikten sofort mit Ihren Familien abgeschoben werden,
  - daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien)
  - daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden und
  - daß die Familienförderung bei Eheschließungen im Inland, bei Geburten, Wohnungsbau junger Ehepaare und Anschaffungen von Familienbedarfs-Großgeräten stark angehoben wird.
- Ich bitte Sie nochmals, als Bundeskanzlerin zurückzutreten und einer Lösung des Völkerwan-

derungsproblems nicht im Wege zu stehen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Gerd Schultze-Rhonhof<<

**16.10.2015**

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Oktober 2015: >>>Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr**

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles?

Drei der führenden Ökonomen Deutschlands beantworten genau diese Fragen. Zwei davon warnen Deutschland davor, sich in der Flüchtlingskrise zu übernehmen. Clemens Fuest, Noch-Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und bald Nachfolger von Hans-Werner Sinn am Münchner Ifo-Institut, sagte der "Welt am Sonntag": "Eine Politik der unkontrollierten Zuwanderung wird Deutschland schnell überfordern." Um die Fähigkeit Deutschlands zu bewahren, Menschen aufzunehmen, die Schutz vor Verfolgung suchen, müsse Deutschland die Immigration insgesamt begrenzen und qualitativ steuern.

Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg fordert: "Die Asylpolitik muß völlig neu und europäisch überdacht werden. Wenn Deutschland das im Alleingang macht, dann werden wir uns übernehmen." Deutschland sei zwar schon seit mehr als 150 Jahren ein Einwanderungsland – "allerdings ohne Einwanderungsregeln. Das müssen wir ändern." Zu entscheiden sei, wie viele Flüchtlinge jeweils die einzelnen Länder Europas aufnehmen wollen.

**Höhere Steuern unumgänglich?**

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), betont dagegen die Chancen der Flüchtlingskrise. Auch andere Länder hätten solche Herausforderungen erfolgreich bestanden. "Es gibt keinen guten Grund, wieso Deutschland die Herausforderung dieses Mal nicht bestehen sollte." Anstelle von kontraproduktiven und populistischen Diskussionen, ob wir es uns "leisten" können oder ob wir uns "übernehmen", sollten Politik und Wirtschaft endlich die Ärmel hochkrempeln und Lösungen für eine erfolgreiche Integration präsentieren, fordert Fratzscher.

Laut Fuest wird die Integration der Flüchtlinge allerdings mit hohen Kosten verbunden sein. "Wenn man annimmt, daß pro Jahr 800.000 Menschen zuwandern und diese im Durchschnitt innerhalb von zwei bis drei Jahren so in den Arbeitsmarkt integriert werden, daß sie mit ihren Steuern und Abgaben die öffentlichen Leistungen finanzieren, die sie erhalten, ergibt sich eine zusätzliche Belastung von ungefähr 20 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr, solange der Zuwanderungsstrom anhält", sagte Fuest. Der Finanzwissenschaftler rechnet daher wieder mit steigenden Staatsschulden.

Sozialexperte Raffelhüschen hält dagegen deutlich höhere Steuern und Abgaben für unumgänglich, um die Flüchtlingskrise finanziell zu stemmen. Zwar lasse sich über die wahren Kosten der Flüchtlingskrise nur spekulieren. Allerdings arbeite er in der Denkfabrik Stiftung Marktwirtschaft an einer Aktualisierung einer Studie aus dem Jahr 2008. "Demnach müßte man pro 100.000 Zuwanderer, die sich wie in der Vergangenheit integrieren, etwa eine Abgabenerhöhung über alle Steuern und Beiträge von circa 0,3 Prozent rechnen", sagte Raffelhüschen. "Bei einer Million, die sich dann noch schlechter integrieren, sieht es entsprechend düster aus."

## **"Sie sind eine Chance für Deutschland"**

Würden dieses und nächstes Jahr, wie inoffiziell vermutet, eine Million Flüchtlinge kommen, müßten laut Raffelhüschen die Steuern und Abgaben also um sechs Prozent steigen. Darüber hinaus müsse Deutschland seine Sozialversicherungen deutlich umbauen. Der massive Anstieg von Altersarmut würde eine Tendenz zu einer steuerfinanzierten Grundversorgung auslösen, sagte Raffelhüschen. Ähnlich wären die Entwicklungen bei Gesundheits- und Pflegeversorgung.

DIW-Chef Fratzscher ist da ganz anderer Auffassung: "Es müssen keine Steuern erhöht werden und auch keine Leistungen für irgend jemanden gekürzt werden." Der deutsche Staat werde im kommenden Jahr voraussichtlich 20 Milliarden Euro an Überschüssen – nach Berücksichtigung von zusätzlichen zehn Milliarden Euro für Flüchtlinge – erzielen. "Das ist mehr als ausreichend, um alle Aufwendungen abzudecken", sagte Fratzscher. Die Frage sei vielmehr, wie man diese Gelder und technische Unterstützung den Kommunen zukommen lassen kann, die diese dringend benötigten.

Fratzscher fordert, man müsse endlich aufhören, Flüchtlinge als "Kosten" zu sehen. "Sie sind eine Chance für Deutschland, die auch helfen, unsere Probleme der Demographie und des zunehmenden Fachkräftemangels zu lindern", sagte er. Wie gut die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden, werde der Schlüssel für deren langfristigen wirtschaftlichen Beitrag sein. Eine erfolgreiche Integration hänge aber nicht nur von den Flüchtlingen selbst ab, sondern mehr noch von den Bemühungen, diesen Menschen eine Chance und Unterstützung zu geben.

### **Belebende Effekte am Arbeitsmarkt**

Fuest und Raffelhüschen sind da pessimistischer. Für den Sozialstaat seien die Zuwanderer nicht schon dadurch eine Entlastung, daß sie im Durchschnitt jünger sind als die einheimische Bevölkerung, sagte Fuest. "Um den Sozialstaat zu entlasten, müßten die Zuwanderer mittelfristig mehr in die Sozialsysteme einzahlen, als sie an Leistungen erhalten. Dazu müßten die Migranten beruflich hinreichend qualifiziert sein."

Kurzfristig werde es durch die Flüchtlinge eine Nachfragesteigerung geben, weil der Staat Geld für die Versorgung der Flüchtlinge bereitstellt, sagte Fuest. "Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen neutralisieren diese Wirkung allerdings teilweise." Hinzu komme, daß diesen Nachfrageeffekten höhere Staatsschulden gegenüberstehen. "Die Bedienung dieser Schulden dämpft die künftige Nachfrage." Am Arbeitsmarkt seien durch die Flüchtlinge belebende Effekte zu erwarten. "Neben den Unternehmen werden auch heimische Arbeitskräfte profitieren, allerdings vor allem die mit guter Qualifikation", sagte Fuest.

Raffelhüschen sagt, wirklich fundierte Prognosen über die wirtschaftlichen Folgen der Flüchtlingskrise ließen sich bislang nicht machen. Fakt sei jedoch, daß sich ein erheblicher Teil der Zuwanderer erst einmal für den hiesigen Arbeitsmarkt qualifizieren müsse. "Der syrische Arzt ist doch einfach Unfug, der ist doch schon längst da gewesen!", sagte der Sozialexperte. Angelernte und unqualifizierte Arbeitskräfte hätten es trotz der guten Arbeitsmarktlage noch immer schwer auf dem Arbeitsmarkt. "Und wenn wir es nicht schaffen, Hunderttausende von Hartz-IV-Empfängern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie soll das dann bei den Zuwanderern gelingen?", so Raffelhüschen.<<

**20.10.2015**

**BRD:** Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisiert am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**

### **Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe**

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in

Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

"Refugees welcome!" - Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern. Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland.

Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU-Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien. Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang.

In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Geburten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr. Allein am ersten Septemberwochenende 2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder

tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.

Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet?

Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutsch-

land. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.

Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen." (Europe News, 13.10.2009)

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." (Sure 61,9)

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S. 64). Ernst genommen haben das nur wenige, leider.

Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten juden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke (N-TV, 25.8.2015).

Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n. Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand. Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben." (Tagesspiegel, 27.8.2015)

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier

wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.

Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. ... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen." (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996). Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europaparlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und

nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap. 3), und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1- 24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen.

Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.

Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greuelthaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle.

Letzter Stand der Annäherung: Der EKD-Chef Bischof Bedford-Strohm ist Mitglied im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums. Leider ist auch die katholische Kirche im Islam-Zentrum vertreten, allerdings nicht mit einem Bischof. Auch hier ist man seit dem 2. Vatikanischen Konzil überzeugt, mit den Muslimen denselben Gott zu verehren, eine biblisch unhaltbare Position.

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperi-



ment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde." (Bild online, 12.9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei "Gold wert für die Integration", so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23.9.2015). Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig.

So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger. Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodeln es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

### **Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?**

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU-Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU-Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechtsbrecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: "Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen."

In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist,

daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lukas 10, 30 ff.) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationalem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist.

Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht.

Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orbán auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht.

Orbán: "Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens. ... Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches. Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde." (Bild online, 12.9.2015)

Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80 % der Ankommenden sind aus diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.

Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere "verloren". Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute Aufnahmechancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015).

Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft in Kabul/Afghanistan habe mitgeteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen

werden nur in etwa 10 % der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.

Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben. Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv.

Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt-Sozialamtes spielen. Dies und die beinahe bedingungslose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das "gelobte Land" zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu.

Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen.

Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern. Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht.

### **Die Rolle der Medien**

Wer die Berichterstattung in den Medien aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß sie in ihrer Mehrheit positiv über die gegenwärtige Einwanderungswelle sprechen. Sie stehen auf der Seite des linkspolitischen Gesellschaftsexperimentes. Das ist nicht verwunderlich, da die meisten Journalisten politisch im linksgrünen Lager zu Hause sind.

Problematisch für die Medien ist nur, daß den Einheimischen keineswegs verborgen blieb, daß die Masse der ankommenden Menschen keinen abgekämpften und erschöpften Eindruck macht. Man sieht keine Kriegsverletzten, dafür aber viele, die mit Smartphone, sauberen Jeans und neuen Adidas ausgestattet sind. Woher haben sie das? Andererseits gibt es Bilder, wo gespendete Lebensmittel achtlos weggeworfen, manchmal gar vernichtet wurden. Auch gespendete Kleidung fand sich schon zahlreich in Müllcontainern, Straßengraben und auf Bahngleisen, Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes wurden an der mazedonischen Grenze abgelehnt, weil auf die Kästen ein Kreuz aufgedruckt war, was für Muslime ein verabscheuungswürdiges Symbol ist.

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 24.9.2015, daß 30 Asylsuchende nur zwei Tage nach ihrer Ankunft in einem Ort bei Wittenberg in einen Hunger- und Sitzstreik traten, weil ihnen die Unterkunft, eine Turnhalle, nicht gefiel, sie wollten keine Sammelunterkunft, sondern Wohnungen mit Privatsphäre. Was werden sie wohl in einem Jahr fordern? Schwer zu vermitteln, daß hier der Satz Jesu zutreffen soll, wonach Christen die Hungrigen speisen, den Durstigen zu trinken geben, Nackte kleiden und Fremde aufnehmen sollen (Matthäus 25,31 ff.). Denn so verhalten sich nicht Menschen, die in großer Not Elend und Verfolgung entkommen sind.

Die Stimmung unter den Einheimischen hier ist natürlich nicht verborgen geblieben. Vereint nach Art eines Kartells halten Politik und Medien dagegen. Ein besonders deutliches Beispiel

ist die Plakataktion "Refugees welcome" - Ihr seid willkommen", eine Aktion der Kieler Nachrichten, der Segeberger Zeitung, unterstützt von der Landeshauptstadt Kiel, der Stadt Neumünster, den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Segeberg. Die Plakate wurden an alle Haushalte verteilt, waren gedacht für die Haustüren, man sah aber nur wenige, außer an einigen Geschäften und natürlich öffentlichen Gebäuden, sonst nirgends.

Unablässig mahnen Politik und Medien eine Willkommenskultur an. Man stellt die Hilfsbereitschaft in Form von Sachspenden als beispielhaft heraus, zeigt Bilder, wie Flüchtlinge im Bahnhof begeistert willkommen geheißen werden. Viele haben auch den Eindruck, daß traurige Schicksale instrumentalisiert werden, um Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tagelang sah man in den Medien das Bild des kleinen ertrunkenen Jungen, der in Bodrum an die türkische Küste gespült wurde. Der Tod des kleinen Aylan, der nur drei Jahre alt wurde, ist ein trauriges Geschick, ohne Frage, aber gehört so ein Bild in die öffentlichen Medien? Viele empfinden das als pietätlos. Sollte damit signalisiert werden: Wer nicht hartherzig sein will, kritisiere bitte nicht mehr die gängige Aufnahmepraxis der Flüchtlinge.

Man täusche sich nicht, Bilder haben eine große Wirkung, man denke nur an das Foto des kleinen Mädchens, das 1972 durch einen amerikanischen Napalmangriff in Vietnam schwer verletzt wurde. Auch das Bild ging um die Welt. Verschwiegen wurde im Falle des kleinen Aylan allerdings, daß sein Vater aus der Türkei kam und nach Europa wollte, weil er neue Zähne brauchte, für etwa 14.000 Euro, die er nicht hatte, aber 4.000 für Schlepper bezahlen mußte, so hat die Tante des Kleinen im kanadischen Fernsehen erklärt, von Sky News veröffentlicht.

Es ist bitter, jetzt hat er Frau und zwei Kinder verloren und hat sie in Kobane regulär beerdigt, will auch in Syrien bleiben. Tage später tauchten Meldungen auf, der Vater selbst sei ein Schlepper, habe leichtfertig den Tod von Menschen riskiert. Auch sei der kleine Aylan an ganz anderer Stelle an die Küste getrieben worden, medienwirksam habe man ihn an eine gut überschaubare Küstenstelle gelegt und dann "geborgen". Die Wahrheit wird wohl nie herauskommen. Aber so oder so: Es fällt schwer, an eine verfolgte Familie zu glauben. Warum berichteten die Hauptmedien das nicht, als es bekannt wurde? Die vielen, brutal vom IS ermordeten Christenkinder kamen fast gar nicht in den Medien vor.

Eine sachliche Auseinandersetzung über den Flüchtlingsstrom ist im Augenblick kaum möglich. Ganze Fragenkomplexe werden nicht thematisiert:

Wieso gerade jetzt diese Flüchtlingsmassen?

Sind diese Menschen wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Grundgesetzes?

Wieso gehen sie nicht, da die allermeisten Muslime sind, in die reichen muslimischen Ölstaaten, sondern ausgerechnet in das säkulare und christlich geprägte Europa?

Woher haben sie das Geld für die Schlepperbanden? 4.000 bis 5.000 Dollar und mehr sind für den Transfer zu entrichten.

Wieso kommen überwiegend junge Männer, deren Leistungsfähigkeit doch eigentlich zu Hause gebraucht würde? Hier sind sie ohne Frauen, wie wirkt sich das aus?

Wieso lassen sie ihre Familien zurück, wenn diese in der Heimat bedroht sind?

Wieso zeigen die Medien aber vornehmlich selektiv Familien mit kleinen Kindern, wie es der Journalist Claus Cancel vom dänischen Radiosender "Radio 24.7" beobachtet hat, der in Mazedonien und Serbien mit den Menschenströmen nach Norden zog.

Sickern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land?

Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie

kann das sein?

Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern:

Nachbarn beschwerten sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung. Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen. Warum wird darüber nicht offen gesprochen?

Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sachliche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird niedergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik ("Pack", "Mischpoke", "Dunkeldeutsche"), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler.

Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein.

Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen "denen da oben" und "dem Volk da unten" inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

### **Sind die Ankommenden integrationsfähig?**

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und - fähig, werden es aber nicht leicht haben.

Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: "Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante." (Focus 29/2005)

Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus.

Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden. Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.

Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland eröffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom "Wunder von Marxloh", es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigeviertel der Einwanderung werden sollte. Die

Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.

Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden "ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen." (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.

Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es säkularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen? Der Islam, ein Integrationshindernis?

Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen. Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo-Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht.

Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.

Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29).

Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: "O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute." (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.

Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.

Schon 1980 erklärte der "Europäische Islamrat" in London: "Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt." (Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).

Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: "Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden", (Sputniknews.com, 22.9.2015). Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die

Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde. Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein.

Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, *Vorsicht Bürgerkrieg*, S. 47 ff.). Der Erzbischof der Stadt Mosul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten an die Europäer und Christen des Westens:

"Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren ... doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen geheißen habt." (Unserirol24.com, 18.9.2015)

### **Die Masseneinwanderung als Gottesgericht**

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei-einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist.

Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch-kritische Theologie hat man einen Selbst-Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer.

Wenn die frühere Bischöfin und jetzige "Reformationsbotschafterin", Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.

Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen und Fluch vorgelegt: "Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt." (5. Mose, 11,26-28)

Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. "O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort", rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jeremia 22,29). Vergeblich. Das Volk war verblendet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.

"Jerusalem, Jerusalem, die du tötest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt", ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Matthäus 23,37). Vergeblich. Das Volk Israel war verblendet und wandelte seinen eigenen Vorstellun-

gen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70 n. Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.

Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. "Was der Mensch sät, das wird er ernten", sagt die Bibel (Galater 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.

Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst jüden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der Umkehr noch?

Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt nach wie vor seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Römer 1,24-28)

Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.

Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin. Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Matthäus 28,19 f.), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71).

Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greuelthaten von Allahs Kriegeren besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.

Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Römer. 13,1 ff.). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und jüdenhassenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden.

Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für unsere staatlich-demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." (GG, Art. 20,4)

Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Wider-



standes haben Christen das Gebet.

Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremdenhassenden Bewegungen sein. Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.

Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht noch abzuwenden?

"Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen."<<

### **Oktober 2015**

**BRD:** Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtet im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

*Von Henry Paul (freischaffender Künstler)*

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputst werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhätzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

**Sie hat geschickt agiert.** Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhal-

tende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

**Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues** in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfianzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

**Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten.** Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsfüttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

**Weil unsere eigene Regierung,** die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

**Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen.** Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

**03.11.2015**

**BRD:** Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten (DWN) berichten am 3. November 2015:

## >>Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn.

Politische Beobachter rätseln, was mit Angela Merkel los ist. Die Kanzlerin sei "überfordert" schreibt die Neue Zürcher Zeitung und spricht gar von der "Merkeldämmerung".

Tatsächlich werden die Botschaften der Kanzlerin immer wirrer: Zuerst öffnete sie die Grenzen für alle. Nachdem die Freiwilligen am Ende ihrer Kräfte waren, rief sie ihnen zu: Wir schaffen das! Schließlich bemühte sie den "Herrgott", der ihr das Problem auf den Tisch gelegt habe. Nun sagt sie: Wenn Deutschland seine Grenzen zu Österreich schließt, drohen militärische Auseinandersetzungen in Europa.

Diese Aussage ist besonders bizarr: Wie kommt die Kanzlerin dazu, die Deutschen in Angst und Panik zu versetzen? Die öffentlich geäußerte Warnung vor einem Krieg in Europa aus dem Mund der deutschen Bundeskanzlerin ist unverantwortlich. Entweder, sie weiß nicht, was sie redet – das wäre schlimm.

Noch schlimmer wäre allerdings, wenn die Kanzlerin wirklich Hinweise auf militärische Gefahren hat – und dann der durch ihre Aussage aufgeschreckten Bevölkerung sagte, weil Krieg droht, müsse man die Grenzen offen lassen. Die Reaktion jedes normalen Menschen auf solch eine bedrohliche Aussage ist nämlich, daß man sich wünscht, daß die Grenzen schnellstens geschlossen werden – wenn wirklich ein Krieg droht.

Die konkreten politischen "Lösungsvorschläge" der Union sind dementsprechend verheerend. Im Papier zu den "Transitzonen" heißt es:

"In diesen Transitzonen wird für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreiseperrre, mit Folgeanträgen und ohne Mitwirkungsbereitschaft ein beschleunigtes Asylverfahren einschließlich Rechtsmittelverfahren und Rückführung durchgeführt. Die Ausgestaltung des Verfahrens erfolgt in enger Anlehnung an das Flughafenverfahren, das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keine Hafteinrichtung ist."

Diese Idee ist schlicht Wahnsinn. Einmal abgesehen von der inhumanen Form eines solchen kollektiven Abschiebehaftlagers: Wie stellt sich Merkel denn das praktisch vor? Man pfercht all diejenigen in ein Lager, die wieder zurückgeschickt werden sollen – auch wenn sie nach wochenlanger Reise in Deutschland angekommen sind und sich auf die Einladung Merkels samt Selfies mit glücklichen Flüchtlingen berufen?

Erwartet Merkel allen Ernstes, daß sich tausende Menschen mit der offiziellen Vorgabe der Aussichtslosigkeit geduldig in ein Lager setzen, um dann mit gebeugtem Kopf der höflichen Aufforderung der Polizei Folge zu leisten, nun bitte wieder zu verschwinden? Ist nicht eher zu erwarten, daß die Leute den Behörden künftig aus dem Weg gehen werden, weil sie verständlicherweise nicht interniert werden wollen? Ist das nicht die Aufforderung an alle, sich in die Illegalität zu begeben?

Schon jetzt ist die Lage in den "normalen" Lagern äußerst kritisch – weil Lager immer Aggressionen hervorrufen und die aufgeheizte Stimmung zwischen den einzelnen Gruppen jederzeit zu einer Explosion führen kann. Man hat in den vergangenen Tagen immer wieder gesehen, daß die Nervosität bei den Flüchtlingen dazu führt, daß sie die Behörden nicht als Hindernis ansehen. Will Merkel die Bundeswehr in die Lager schicken? Schon jetzt fordert die Polizei bei gewalttätigen Auseinandersetzungen die Bundeswehr an, weil sie sonst die Kontrolle verlieren würde.

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkels an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben – das sie natürlich nicht halten kann.

Die Flüchtlinge haben, anders als die Mehrheit der Deutschen, den Versprechen der Kanzlerin Glauben geschenkt. Sie haben gehofft, daß sie es schaffen werden. Nun sitzen sie in der Falle – gemeinsam mit den völlig überforderten Behörden und Hilfsorganisationen. Merkel sitzt immer noch im Kanzleramt, in ihrer eigenen Welt. In der Union wächst der Unmut. In Europa schütteln die ehemaligen Partner nur noch den Kopf. Alle fragen sich: Wie lange noch?<<